



MERKEL „REGIERT“ MIT RUHIGER RAUTE EINFACH WEITER

Bürgerkriegsähnliche Zustände – nun sind sie halt da!

Von STEFAN SCHUBERT | Gewalt, Terror und bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen überziehen seit 2015 in immer kürzeren Abständen das Land. Ob aktuell wie in Stuttgart, den G20-Krawallen in Hamburg oder beim Kölner Sex-Mob, stets werden die verhängnisvollen Auswirkungen einer völlig verfehlten Politik der Altparteien deutlich. Importierte Kriminalität, ethnische Konflikte und linksextremer Terror treffen auf eine vorsätzlich demontierte Polizei. [Die Destabilisierung Deutschlands](#) wird so immer schneller vorangetrieben.

Die Mainstream-Medien tragen eine große Mitschuld an der aufgeheizten Lage im Land. Seit Monaten werden Polizisten und die gesamte Institution Polizei pauschal, wie auch die Bundeswehr, mit einer regelrechten Hetze überzogen und als »rechtsradikale Schlägertruppen« bestehend aus Rassisten dargestellt.

Die linksradikale taz mit ihrem »Müllhalde«-Artikel und die unerträgliche Unterstützung der linksterroristischen Antifa durch die SPD-Vorsitzende Saskia Esken stehen symptomatisch für die verrohte, linksradikale Gesinnung im Mainstream.

Während regierungs- wie migrationskritische Bürger von den gleichen Protagonisten nicht selten als Rassisten stigmatisiert werden, äußern sich Journalisten und Politiker offen linksradikal und belügen ferner die Öffentlichkeit über die wahren Zustände im Land. Islamistische Terroranschläge werden als internationaler Terror geframt und willkürliche Messeranschläge durch muslimische Männer werden versucht als Beziehungstat oder Einzelfall eines psychisch Kranken darzustellen. Obendrein wird linksextreme Gewalt negiert oder als Taten einzelner Aktivisten bagatellisiert. Wenn Linksextreme Wohnhäuser von AfD-Mitgliedern angreifen oder Brandbomben auf Abgeordnetenbüros schleudern und dabei ein Hakenkreuz an die Wand schmieren, so bestimmen die Regularien der Politik, dass diese Taten als politisch rechts motivierte Straftaten in die Statistiken eingehen.

Widerspruch oder gar Aufklärung durch die Mainstream-Medien über diese dreisten Verfälschungen der Realität müssen die Polit-Funktionäre nicht fürchten. Wer diesen Krieg, wie in Stuttgart, zu verantworten hat, haben bereits Millionen Bürger auf Handyvideos in den sozialen Netzwerken gesehen. Der überwiegende Anteil der Gewalttäter weist augenscheinlich einen »südländisch«, einen türkisch-arabischen Hintergrund auf. Es existieren Videobilder wie so eine Männerhorde »Allahu Akbar« brüllend und randalierend durch die Stuttgarter Innenstadt zieht.

Politik und Medien betreiben trotz dieser eindeutigen Faktenlage eine unerträgliche Relativierung dieser »bürgerkriegsähnlichen Zustände«, beispielsweise als »laue Sommernächte« in Stuttgart, so der grüne OB Fritz Kuhn. Zudem versuchen die Eliten panisch eine Lügengeschichte über Ausschreitungen durch eine »Party- und Eventszene« zu verbreiten. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle eine Zunahme von Anschlägen durch militante Rechtsextremisten. Dieser Umstand ist aber nicht eine Besonderheit des bösen Deutschen, sondern ist in allen westlichen Industriestaaten zu beobachten. Diese Täter fühlen sich durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung und stattfindende Islamisierung, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerungen (belegt durch zahlreiche Umfragen: Bertelsmann, Emnid etc.), zu diesen Taten legitimiert.

Dazu gesellt sich eine hohe Gewaltbereitschaft in migrantischen Stadtvierteln und eine vollkommen außer Kontrolle geratene Clankriminalität. In den No-go-Areas trauen sich die Polizisten nur noch in Hundertschaftsstärke konsequent einzuschreiten. Durch die vom linken Mainstream nun zusätzlich betriebenen Antirassismus-Kampagnen, genauso wie das skandalöse sogenannte Anti-Diskriminierungsgesetz in Berlin, werden die restlose Zerstörung jeglicher Polizeiarbeit zur Folge haben. Es ist zu befürchten, dass nun vorwiegend gegen Deutsche eingeschritten wird – bei Migranten aber, aus Angst vor der Rassismuskeule und strafrechtlichen Konsequenzen – der Polizist auf der Straße nahezu nichts mehr unternehmen wird. Vor Gericht hat sich längst eine Zwei-Klassen-Justiz etabliert, der staatliche Offenbarungseid wird hinter dem Begriff »Kulturrabatt« versteckt.



Dieses Zwei-Klassen-System, wo der Einheimische dem Einwanderer faktisch schlechter gestellt ist, wird nun durch die Anti-Rassismus-Ideologie auch bei der Polizei mit Zwang eingeführt. Man stelle sich die Reaktionen des Staates und der regierungskonformen Medien vor, wenn die Nacht der Schande von Stuttgart nicht durch größtenteils Migranten, sondern von deutschen Rechtsradikalen begangen worden wäre. So aber konnte der Mob ungehindert wüten. Es folgten auch im Nachgang keine großangelegten Durchsuchungen oder eine Identifizierung aller Gewalttäter, etwa durch eine Funkzellenabfrage. Der Staat fördert damit eine fortschreitende Polarisierung der Bevölkerung und weitere Gewalttaten.

Aus Stuttgart wird »Kaputtgart«

20 verletzte Polizisten und 24 Festnahmen, davon 9 mit einem »Flüchtlingshintergrund«, unzählige zerstörte Streifenwagen und 40 verwüstete und geplünderte Geschäfte. Stundenlang war die Stuttgarter Innenstadt in der Hand eines mit Knüppeln, Pflastersteinen und Pyrotechnik bewaffneten 500-Mann starken Mobs, der ohne jegliche staatliche Gegenwehr agieren konnte. Die Bürger verschanzten sich verstört und verängstigt in ihren eigenen vier Wänden. Diese Fakten umschreiben nichts Geringeres als Szenen aus einem Bürgerkrieg. Damit keine Unklarheiten aufkommen: Wer als einer der Ersten von [»bürgerkriegsähnlichen Zuständen«](#) in Stuttgart sprach, war die SPD im Landtag von Baden-Württemberg.

Im Netz ging zudem die Sprachnachricht eines eingesetzten Stuttgarter Polizisten viral, der vor Ort inmitten des Geschehens eine kurze Audiobotschaft [aufnahm](#):

»Das ist Krieg. Wir befinden uns grad heute Nacht wirklich im Krieg. Ich übertreibe nicht... Hier in Stuttgart ist Krieg. Wenn du hier Uniform trägst, gute Nacht. Da bist du nur Opfer... Die Führung ist richtig hilflos.«

Der Polizist schildert zeitnah und unverfälscht in

schwäbischem Akzent seine Eindrücke und beschreibt den Gewalt-Mob aus zumeist Ausländern und Flüchtlingen bestehend. Unter dem Eindruck des Geschehens und der hohen Anzahl an verletzten Kollegen rutscht ihm dann der Satz »nur Kanaken hier« raus. Weiterhin befürchtet er einen Schusswaffeneinsatz aus dem Mob und den ersten getöteten Polizisten und berichtet von zerstörten Streifenwagen und einem angegriffenen Polizeirevier. Er schließt seine Anmerkungen wie folgt:

»Da kommt noch was auf uns zu... Ich glaube, das ist erst der Auftakt.«

Das Stuttgarter Polizeipräsidium hat mittlerweile die Echtheit der Audiodatei bestätigt und ermittelt wegen dieser »[rassistischen Tonspur](#)« in den eigenen Reihen. Auf YouTube erreichte die Nachricht in kürzester Zeit mehrere Zehntausende Aufrufe und wurde dann vom US-Konzern kurzerhand mit der Begründung »Hate Speech« [gelöscht](#). Das schändliche NetzDG der Merkel-Regierung erweist sich in der Praxis einmal mehr als das, wofür es bestimmt ist: Als reines Zensurinstrument!

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart [ermittelt](#) nun wie beschrieben, nicht etwa nur gegen die Gewalttäter, sondern auch gegen den bereits identifizierten Polizisten.



Während die Deutschen ungestraft durch zugewanderte Migranten als »Kötterrasse« [beleidigt werden dürfen](#), wie durch das ehemalige Vorstandsmitglied des Türkischen Elternbunds in Hamburg, Malik Karabulut, geschehen, soll dem couragierten Polizisten nun ein Strick aus dem K-Satz gedreht werden. Die bei solchen Anlässen von den Politikern der Altparteien stets herausgekrante Phrase »die ganze Härte des Rechtsstaates« ist längst zur Regierungspropaganda verkommen. Während der Großteil der Täter von Stuttgart unbehelligt bleiben

und selbstverständlich keine Abschiebung befürchten muss (9 der 24 Festgenommenen sind wie beschrieben sogenannte Flüchtlinge), trifft die ganze Härte des Rechtsstaates einen Polizisten, der sein Umfeld über die wahren Zustände in Stuttgart informierte.

Dieses perfide Handeln ist charakteristisch für einen totalitären Staat.

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände – nun sind sie halt da, und die Menschen befinden sich mittendrin. Während dieser Zuspitzung der Lage schweigt eine Angela Merkel beharrlich und die Bundesregierung kündigt die Aufnahme weiterer »Flüchtlinge« an.

Bestellinformationen:

» Schubert: [Die Destabilisierung Deutschlands](#), 336 Seiten, ~~22,99~~ 9,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» Udo Ulfkotte: [Vorsicht Bürgerkrieg!](#), 308 Seiten, ~~24,95~~ Euro 9,99 Euro – [hier](#) bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen).